



Was du nicht willst, das man dir tu' ...

... das füg' auch keinem andern zu. Ein einfaches Prinzip, das jedoch immer wieder mit Füßen getreten wird, insbesondere wenn es um horrende Profite geht. Am 29. November stimmen wir über die Initiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» ab. Eine breite Koalition aus Organisationen, Kirchen, Zivilgesellschaft und Politikern setzt sich dafür ein.

Die riesige Mine eines in der Schweiz ansässigen Konzerns vergiftet Luft und Wasser in Cerro de Pasco in Peru mit Schwermetallen. Pestizide aus der Schweiz, die bei uns längst verboten sind, töten im indischen Bundesstaat Maharashtra ahnungslose Landarbeiter. Schweizer Goldraffinerien beziehen Rohgold aus Minen, in denen Kinder schuften. Dem will die Initiative einen Riegel schieben. Sie fordert, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz und ihre Töchter im Ausland die Menschenrechte und internationale Umweltstandards einhalten. Tun sie es nicht, sollen sie künftig für die angerichteten Schäden haften.

Für die allermeisten Unternehmen ist dies heute schon eine Selbstverständlichkeit. Nur für einige wenige schwarze Schafe, die sich freiwillig nicht daranhalten,

braucht es konkrete Regeln und Konsequenzen. In anderen Ländern wie Kanada, Grossbritannien, Frankreich oder Niederlande sind ähnliche Vorgaben bereits Gesetz.

Eine nie da gewesene breite Koalition setzt sich für die Initiative ein: Mehr als 120 Menschenrechts-, Umwelt-, Entwicklungs- und Konsumentenorganisationen, ein Wirtschaftskomitee aus 190 Unternehmer/innen, ein bürgerliches Komitee aus mehr als 350 Politikerinnen und Politikern der BDP, CVP, EVP, FDP, GLP und SVP, die Schweizer Bischofskonferenz, die Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz, die Schweizerische Evangelische Allianz, der Verband der Freikirchen sowie rund 400 Lokalkomitees mit über 20 000 Freiwilligen sagen: Wer Schaden an Mensch und Umwelt anrichtet, soll dafür geradestehen. Die Konzernlobby wird weismachen, dass der indirekte Gegenvorschlag genügt. Dieser verlangt jedes Jahr einen Bericht, in dem festgehalten werden muss, dass die Menschenrechte eingehalten und Umweltschutz angewandt werden. Dies ist uns zu wenig, denn Papier trägt alles – wir wollen Taten sehen!



Ursi Schweizer
Präsidentin
EVP Werdenberg

PAROLEN

Konzernverantwortungsinitiative	Ja
Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten	Ja
Gesetz zu ergänzenden Krediten infolge Coronavirus	Ja
Gesetz über Beiträge für Kinderbetreuung	Ja

Motion «Jugendschutz auch bei nikotinhaltenen E-Zigaretten»

Seit das Bundesverwaltungsgericht im April 2018 das Verkaufsverbot von nikotinhaltigen E-Zigaretten-Liquids aufgehoben hat, besteht diesbezüglich eine Gesetzeslücke. Da es bis zu einer Revision des Tabakproduktegesetzes (TabPG) noch lange dauern wird, hat EVP-Kantonsrat Jascha Müller im September eine Motion zum Jugendschutz eingereicht. Diese fordert einen Entwurf der Regierung, «der dafür sorgt, dass E-Zigaretten sowie alle nikotinhaltigen Produkte im Kanton St.Gallen so rasch wie irgendwie möglich den gleichen rechtlichen Vorgaben unterliegen wie Zigaretten und herkömmliche Raucherwaren.» Davon ausgenommen sind nikotinhaltige Medikamente.

Besonders erfreulich ist dabei, dass Jascha Müller Vertreter sämtlicher Fraktionen für sein Anliegen gewinnen konnte. Im November entscheidet der Kantonsrat, ob die Motion überwiesen wird (Geschäft-Nr. 42.20.16).

IMPRESSUM

Herausgeber:
EVP Kanton St. Gallen
www.evp-sg.ch

Kontakt: Timon Hofmänner,
sekretariat@evp-sg.ch

PC 90-219-8
IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Druck: Jordi AG, Belp



KOMMENTAR

Roman Rutz
Generalsekretär
EVP Schweiz

Die EVP auf Erfolgskurs

Die vielzitierte grüne Welle bringt für viele etablierte Parteien Verluste bei den Kantonsratsmandaten mit sich. Seit den Wahlen 2019 wurde bereits in acht Kantonen ein neues Parlament gewählt und dabei zeigt sich immer wieder der gleiche Trend: SVP, FDP, SP, BDP und z.T. auch CVP verlieren, Grüne und glp aber auch die EVP gewinnen. Überraschen mag das nicht, denn der Schutz und Erhalt der Schöpfung sowie eine nachhaltige Energiepolitik gehören seit jeher zu den Kernanliegen der EVP.

Die EVP-Gewinne einzig der grünen Welle zuzuschreiben, wäre sicher falsch. Vielmehr sind sie ein Produkt einer klaren Strategie und enormem Einsatz, etwas Proporzglück und auch eine Folge einer Wahlrechtsänderung.

Im Kanton St.Gallen konnten die zwei 2016 verlorenen Mandate, im Thurgau nach aktivem Wahlkampf und mit gut vernetzten Kandidierenden ein vor acht Jahren verlorenes Mandat zurückerobert werden. In Schaffhausen gelang dank cleverer Listengestaltung und fairem Wahlsystem (Pukelsheim) sowie etwas Glück ein Sitzgewinn im Klettgau. Wie knapp es bisweilen werden kann, zeigte die EVP Schaffhausen exemplarisch auf: Mit nur einer Liste weniger und gleichzeitig einer Liste mehr für die Jungfreisinnigen (über den ganzen Kanton!) wäre der Sitz den Jungliberalen zugefallen. Dass jede Stimme zählt, wurde somit einmal mehr eindrücklich bewiesen.

Die Sitzgewinne in Basel-Stadt (+2) sind dann vor allem einer Wahlrechtsänderung zu verdanken. Die undemokratische Wahlhürde wurde abgeschafft und so konnten 2012 verloren gegangene Sitze zurückgeholt werden.

Nach acht absolvierten Wahlgängen gehört die EVP also zu den klaren Siegerinnen und es ist uns gelungen, unser Potenzial optimal auszuschöpfen. Auch wenn wir auf alle diese Sitzgewinne gehofft haben, so musste schliesslich doch sehr vieles passen, um die Ziele auch zu erreichen. Ein grosser Dank dafür geht an die aktiven Kantonalparteien und die vielen Kandidierenden, aber auch an Projektleiter Lukas Zimmermann, der mit richtigen Strategien und unermüdlichem Einsatz den Kantonalparteien eine grosse Stütze war.

Ein konsequenter Beitrag zu einer friedlicheren Welt

Am 29. November steht auch die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» zur Abstimmung. Sie will, dass Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge wie Pensionskassen, AHV oder IV künftig keine Investitionen mehr in internationale Kriegsmaterialproduzenten tätigen dürfen.

Krieg hat es schon immer gegeben, – doch die Waffen sind effektiver und damit tödlicher geworden. Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu verletzen und zu töten. Kriegsmaterialproduzenten profitieren vom Verkauf ihrer Waffen, die dann in Kriegsgebieten Personen töten. Die Schweiz als grosser und wichtiger Finanzplatz spielt dabei eine entscheidende Rolle: Schweizer Finanzinstitute wie die Nationalbank oder die Grossbanken investieren jährlich Milliarden in das Geschäft mit dem Tod. Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» will dem (zumindest teilweise) einen Riegel schieben. Die Initiative setzt daher bei der Finanzierung von Kriegsmaterial an.

Die Neutralität und die humanitäre Tradition sind stolze Grundwerte unserer Nation. Geopolitisch ist die Rolle der Schweiz als glaubwürdige, neutrale Partnerin für direkte Vermittlungen wichtig. Wenn aber Geld aus unserem Land dieselben Konflikte anheizt, für welche wir diplomatische Lösungen suchen, ist dies ein Widerspruch und schafft unnötige Angriffsflächen. Zudem ist es ohne Weiteres möglich, in anderen, weniger problematischen Bereichen gewinnbringend zu investieren, ohne dabei Konflikte anzuheizen.



Timon Hofmänner
Sekretär
EVP Kt. St.Gallen

Menschen sind keine Ware

EVP-Nationalrätin Marianne Streiff hat im Nationalrat eine Motion zur Einführung des Nordischen Modells eingereicht. Die Motion beauftragt den Bundesrat, den Kauf von Sex unter Strafe zu stellen. Damit würden die Freier, nicht jedoch die Prostituierten kriminalisiert. Gleichzeitig sollen Hilfsangebote zum Ausstieg aus der Prostitution angeboten werden.

Es gibt kaum Prostitution ohne Zwang, sei es durch einen Zuhälter, einen Clan oder durch soziale Not. 80 bis 90 Prozent der Betroffenen würden sofort aus dem Sexgewerbe aussteigen. Studien zeigen zudem auf, dass Prostitution den Betroffenen schweren Schaden zufügt. Prostituierte sind oft suchtabhängig und erkranken häufiger seelisch, etwa an schweren posttraumatischen Störungen.

Die Verantwortung liegt dabei auch wesentlich bei den Freiern – sie bestimmen die Nachfrage und damit den Hauptfaktor, der Pro-

stitution und Menschenhandel lukrativ macht. Eine entscheidende Wirkung des Modells: Die Einführung des Sexkaufverbots kann ein wichtiges Umdenken in der Gesellschaft anstossen. Sowohl in Schweden als auch Norwegen steht die Bevölkerung heute der Prostitution kritisch gegenüber und unterstützt das Verbot.

Neben Schweden und Norwegen haben inzwischen auch Island, Kanada, Frankreich, Nordirland und Israel ähnliche Gesetze erlassen.

EVP Schweiz

Gemeindewahlen im ganzen Kanton St.Gallen

Am 27. September fanden im ganzen Kanton die Gemeindewahlen statt, gleichzeitig mit den fünf nationalen Vorlagen. Bekanntlich erreichte die Stimmbeteiligung an diesem Sonntag national Höchstwerte und so war auch für die EVP Wil und EVP St.Gallen Spannung angesagt, ob die Ziele bei den Stadtparlamentswahlen erreicht würden.

Da die EVP üblicherweise über eine sehr treue Wählendenbasis verfügt, ist unser Wählendenanteil jeweils dann höher, wenn die Stimmbeteiligung tief ist und dann tiefer, wenn die Stimmbeteiligung hoch ist.

In der Stadt Wil nahmen gegenüber 2016 rund 20% mehr Wahlberechtigte an den Stadtparlamentswahlen teil. Umso erfreulicher daher, dass die EVP ihren Wählendenanteil genau halten konnten (knapp 4%) und somit ein gutes Resultat erzielen konnten. Für einen zweiten Sitz fehlten rund 30 volle Listen (bei erzielten 210 Listen). Roman Rutz wurde damit sehr gut ins Stadtparlament wiedergewählt.

Auch in der Stadt St.Gallen war die Stimmbeteiligung sehr hoch, die EVP konnte aber dennoch den Sitz von Daniel Bertoldo problemlos

verteidigen. Die Rückeroberung des zweiten Sitzes musste aber nochmals vier Jahre nach hinten geschoben werden.

Weiter erzielte in Grabs der neue EVP-Kantonalsekretär Timon Hofmänner ein sehr gutes Ergebnis und wurde in einer Kampfwahl in den Schulrat gewählt. Durch den Rücktritt von Katharina Gächter verliert die EVP jedoch in Grabs einen Gemeinderatssitz.

Schliesslich wurde David Aebischer in Zuzwil/Niederhelfenschwil in die GPK der Oberstufenschulgemeinde gewählt. Für den Schulrat in Zuzwil reichte es (noch) nicht.

Herzliche Gratulation allen gewählten und alles Gute für das (neue) Amt!

Roman Rutz
Generalsekretär, EVP Schweiz

Kantonale Abstimmungen

Kantonal stimmen wir am 29. November über die Gewährung von ergänzenden Krediten und Solidarbürgschaften infolge des Coronavirus sowie über das Gesetz über die Beiträge für familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung ab. Die EVP empfiehlt, 2mal Ja zu stimmen.

Ergänzend zum Bundesrecht will der Kanton max. 50 Mio. Fr. für Kredite an Unternehmen mit max. 10 Mio. Fr. Umsatz gewähren. Das Gesetz fokussiert somit auf jene Betriebe, die in besonderer Weise von der Krise getroffen wurden. Auszahlungen zu Lasten des Kantons würden erst bei Kreditausfällen erfolgen. Der Kantonsrat hat das Gesetz mit 104:5 Stimmen gutgeheissen.

Mit Unterstützung der EVP (Initiative) wurden im Kanton St.Gallen die Kinder- und Ausbildungsbeiträge um Fr. 30.- pro Kind erhöht. Da die Zulagen steuerpflichtig sind, erhöhen sich die Steuerein-

nahmen um rund Fr. 5 Mio. pro Jahr. Als Kompromiss zur Initiative (hatte eine Erhöhung um 50.- Fr. verlangt) hat der Kantonsrat beschlossen, die zusätzlichen Einnahmen in die Förderung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung zu investieren. Dies wird mit dem Gesetz nun geregelt. Die EVP unterstützt das Bestreben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Wahlfreiheit zwischen Eigen- oder Fremdbetreuung zu erhalten. Der Kantonsrat hat das Gesetz mit 102:8 Stimmen gutgeheissen.

Roman Rutz
Generalsekretär, EVP Schweiz

CHF 10.- ABO-BEITRAG FÜRS EVP-INFO

Liebe Leserin, Lieber Leser

Sie halten die vierte Ausgabe des EVP-Infos 2020 in den Händen. Sinn und Zweck dieser Publikation ist es, interessierte Kreise aus dem Kanton St.Gallen über das politische Geschehen zu informieren und Entscheidungshilfe bei Wahlen und Abstimmungen zu bieten. Jeweils in der letzten Ausgabe bitten wir Sie um einen Abonnementsbeitrag von CHF 10.- für das EVP-Info. Die Erstellung und der Versand dieser informativen Publikation ist der grösste Budgetposten und eine echte Herausforderung für die EVP Kanton St.Gallen. Damit wir unsere Rechnung ausgeglichen halten können, sind wir dankbar für Ihren Beitrag auf folgendes Konto:

EVP Kanton St.Gallen
9630 Wattwil

PC: 90-219-8
IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Jeder Beitrag an die EVP Kanton St.Gallen wird im Januar 2021 mit einer Spendenbescheinigung (voll abzugsfähig!) für die Steuererklärung verdankt.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung

Urs Knecht
Kassier EVP Kanton St.Gallen

VORANKÜNDIGUNG

Chlaus-Brunch
Samstag, 05.12.2020, 8:30 Uhr

Restaurant Rössli,
Wilerstrasse 8, 9230 Flawil

Anmeldungen per E-Mail an:
sekretariat@evp-sg.ch

Unter dem Vorbehalt, dass keine weiteren Verschärfungen der Coronavirus-Massnahmen beschlossen werden.



4 Spitäler werden zu Gesundheits- und Notfallzentren

Eine Mehrheit der Fraktionen, mit einziger Ausnahme der SP, entschied sich für die Reduktion von vier der neun St. Galler Spitäler. Sie werden umgewandelt in regionale Gesundheitszentren. Der Hauptgrund: Die prekäre wirtschaftliche Lage der Spitäler.

Die EVP steht im Grundsatz hinter den Beschlüssen der vorberatenden Kommission und der Regierung, die fünf Spitäler und vier Gesundheits- und Notfallzentren vorsieht.

Wir sind erleichtert, dass eine klare Mehrheit des Kantonsrates eine Weiterentwicklung der Spitalstrategie will. Mit diesen Entscheidungen setzte der Kantonsrat ein Zeichen für eine hohe Qualität an den St.Galler Spitätern und schaffte Transparenz und Sicherheit gegenüber den Mitarbeitenden.

Mit einzelnen Spitätern sind bereits zukunftsgerichtete Zusammenarbeiten geplant. So möchte das Schweizer Paraplegiker-Zentrum (SPZ) in Nottwil künftig in Flawil Menschen mit einer Querschnittslähmung ambulant versorgen.

Die Erst- und Notfallversorgung bleibt im ganzen Kanton flächendeckend gesichert und die Spitäler mit stationärer Grundversorgung sind in den geforderten 30 Minuten erreichbar. Die Spitäler Altstätten, Flawil, Rorschach und Wattwil werden in Gesund-

heits- und Notfallzentren (GNZ) mit ergänzenden Angeboten der Gesundheitsversorgung und der Pflege umgewandelt. Sie sollen prioritär durch die niedergelassenen Ärzte betrieben werden. Das Spital Walenstadt erhält zwei Jahre Bedenkfrist. Bis dann muss die interkantonale Zusammenarbeit mit Chur und Glarus geklärt sein.

Persönlich betroffen gemacht hat mich ein Flyer der Gegner, welche mit einer erfundenen und unmöglichen Geschichte gegen die Umwandlung des Spitals Wattwil in ein Gesundheitszentrum wirbt. Sie warben mit einem Familienvater, verheiratet, 38 Jahre der angeblich im Rettungswagen verstorbenen sei, weil er nicht rechtzeitig ins Spital kam. Die Geschichte war frei erfunden!

Wir hoffen bei der Bevölkerung in den Regionen auf das Verständnis über die politischen Entscheide.



Jascha Müller
Kantonsrat
EVP St.Gallen



Symbolbild (bokskapet, Pixabay.com)